

# Antrag auf Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft gemäß §44 des Bundesmeldegesetzes (BMG)

## Antragsteller/in:

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Ggf. Firma \_\_\_\_\_  
Ggf. Aktenzeichen \_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_

## **Ich beantrage eine Melderegisterauskunft über folgende Person:**

Familiename \_\_\_\_\_  
Frühere Namen \_\_\_\_\_  
Vornamen \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum \_\_\_\_\_  
Geschlecht \_\_\_\_\_

## **Letzte bekannte Anschrift:**

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_  
Sonstige Angaben \_\_\_\_\_

## Die Auskunft wird für folgenden Zweck benötigt:

- privat, weil \_\_\_\_\_
- gewerblich und zwar für
  - Adressabgleich
  - Adressermittlung und Weitergabe an die folgenden Personen/Stellen:  
\_\_\_\_\_
  - Speicherung und Nutzung zum Adressabgleich für Dritte
  - Aktualisierung eigener Bestandsdaten
  - Speicherung und Nutzung zur Adresshistorisierung
  - Forderungsmanagement
  - Bonitätsprüfungen
  - Markt-, Meinungs- und Sozialforschung
  - Sonstige Zwecke und zwar: \_\_\_\_\_

Ich erkläre ausdrücklich, dass eine Verwendung für Werbung und Adresshandel nicht erfolgt. Mir ist bekannt, dass eine einfache Melderegisterauskunft mit 10,- € **gebührenpflichtig** ist.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Antragstellers

**Bitte Rückseite beachten.**

**Bitte beachten Sie:**

Auskünfte aus dem Melderegister sind **gebührenpflichtig**. Die Gebühren sind auch dann zu bezahlen, wenn die erteilte Auskunft bereits bekannt ist, die gesuchte Person nicht ermittelt werden kann oder die Auskunft aus rechtlichen Gründen nicht erteilt werden kann. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Auskunft kann nicht übernommen werden.

Die Verwaltungsgebühr für eine einfache Melderegisterauskunft beträgt 10,- €.

Eine Bezahlung per Scheck oder Lastschrift ist nicht möglich. Sie erhalten eine Rechnung.

## Rechtsgrundlagen:

### §44 BMG Einfache Melderegisterauskunft

- (1) Wenn eine Person zu einer anderen Person oder wenn eine andere als die in § 34 (1) Satz 1 oder § 35 bezeichnete Stelle Auskunft verlangt, darf die Meldebehörde nur Auskunft über folgende Daten einzelner bestimmter Personen erteilen (einfache Melderegisterauskunft):
  1. Familienname,
  2. Vornamen,
  3. Doktorgrad,
  4. derzeitige Anschrift sowie,
  5. sofern die Person verstorben ist, diese Tatsache.Sofern die Daten für gewerbliche Zwecke verwendet werden, sind diese anzugeben.
- (2) Absatz 1 gilt auch, wenn Auskunft über Daten einer Vielzahl von Personen verlangt wird.
- (3) Die Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft ist nur zulässig, wenn
  1. die Identität der Person, über eine Auskunft begehrt wird, eindeutig festgestellt werden kann aufgrund der in der Anfrage mitgeteilten Angaben über
    - a) den Familiennamen,
    - b) den früheren Namen,
    - c) die Vornamen,
    - d) das Geburtsdatum
    - e) das Geschlecht oder
    - f) eine Anschrift und
  2. die Daten nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet werden und die Auskunft verlangende Person oder Stelle dies erklärt.
- (4) Es ist verboten, Daten aus einer Melderegisterauskunft gewerblich zu verwenden, ohne dass ein Zweck nach Absatz 1 Satz 2 bei der Anfrage angegeben wurde.
- (5) § 45 (2) gilt entsprechend.

### § 45 BMG Erweiterte Melderegisterauskunft

.....

(2) Die Pflicht zur Information der betroffenen Person gemäß Artikel 14 (1),(2) und (4) der Verordnung (EU) 2016/679 durch den Empfänger der erweiterten Melderegisterauskunft besteht ergänzend zu den in Artikel 14 (5) der Verordnung (EU) 2016/679 genannten Ausnahmen nicht, wenn durch die Erfüllung ein rechtliches Interesse des Empfängers, insbesondere die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, beeinträchtigt würde, sofern nicht das berechnigte Interesse der betroffenen Person an der Erfüllung der Informationspflicht überwiegt.

### § 47 BMG Zweckbindung der Melderegisterauskunft

- (1) Bei Melderegisterauskünften nach § 44 zu gewerblichen Zwecken und bei Melderegisterauskünften nach den §§ 45 und 46 sowie bei Vorliegen einer Auskunftssperre nach § 51 (1) darf der Empfänger die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt wurden. Danach sind die Daten zu löschen.
- (2) Soweit Daten zum Zwecke der geschäftsmäßigen Anschriftenermittlung für Dritte erhoben werden, dürfen diese nicht wiederverwendet werden.